

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

27. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 14. Dezember 2023

(16:02 Uhr bis 00:31 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2027	28
Stadtverordneter Johannes Lauterwald, GRÜNE:	28
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	29
Stadtverordnete Claudia Korenke, CDU:	30
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:	31
Oberbürgermeister Mike Josef:	31
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2028	32
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	32
Stadtverordneter Emre Telyakar, GRÜNE:	33
Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:	34
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	35
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	36
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	37
Stadträtin Elke Voitl:	37
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2029	38
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:	38
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2030	39
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	39
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2031	40
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	40
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	41
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2033	41
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:	41
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	42
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU:	43
Stadtverordnete Julia Frank-Millman, GRÜNE:	43
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:	44
Stadträtin Sylvia Weber:	45
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2036	47
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	47
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2037	48
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	48
 4. Verabschiedung der Tagesordnung II	 49
 5.1 Künftige Standorte der Städtische Bühnen	
hier: Beauftragung Verhandlungen und weitere Teilprojekte	49
 Vortrag des Magistrats vom 10.11.2023, M 192	
<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 22.11.2023, NR 820	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 30.11.2023, NR 825	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF-BIG vom 05.12.2023, NR 829	

Stadtv. Sabine Fischer - CDU -

Frankfurt muss nach der jüngsten Zuteilung durch das RP Darmstadt mindestens 86 Geflüchtete pro Woche aufnehmen und adäquat versorgen. Das Messegelände steht ab dem 01.01.2024 jedoch nicht mehr zur Verfügung. Bereits jetzt sind die Kapazitäten in Übergangsunterkünften und Hotels nahezu erschöpft, sodass weitere Notunterkünfte benötigt werden. Sport- und Schulturnhallen werden jedoch dringend für die Bedarfe von Schulen und Vereinen gebraucht.

Daher frage ich den Magistrat: Kann der Magistrat ausschließen, dass geflüchtete Menschen in zweckentfremdeten Sport- und Schulturnhallen oder Zeltstädten untergebracht werden müssen, und nach welchen Kriterien werden potenzielle Liegenschaften für Notunterkünfte priorisiert?

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Guten Abend!

Einige Beiträge zu diesem Thema sind kaum aushaltbar. Diese Unmenschlichkeit, die vom rechten Block wieder in diesen Saal gebracht wird, auch gerade von der CDU im Einvernehmen mit AfD und BFF ...

(Zurufe)

Ja, pöbel da hinten ruhig weiter. Eure Position ist ja auch klar zu diesem Punkt.

Flüchtlinge kommen nicht hierher, weil sie einfach einmal Lust haben, sich in Frankfurt anzusiedeln, sondern sie kommen hierher, weil das deutsche Kapital, die deutsche Regierung und andere in den Ländern des Südens die Wirtschaft kaputt machen. Dort werden die Leute gezwungen, hierherzukommen, um überhaupt noch vernünftig leben zu können. Was passiert dann? Europa macht die Grenzen dicht. Wir holen Soldaten. Wir holen militärische Polizei, Frontex. Die Menschen werden gezwungen, im Meer unterzugehen und zu sterben. Das ist die EU-Politik. Das ist die Realität der Flüchtlingspolitik, das, was die CDU hier vertritt. Ihr wollt das verschärfen. Die Sozialdezernentin bemüht sich. Sie bekommt nicht alles optimal hin, aber das ist auch schwierig in einer Stadt wie Frankfurt. Aber sie bemüht sich wenigstens. Und ihr? Ich weiß gar nicht, das ist so grenzenlos unmenschlich. Ich bin schon ein bisschen älter als die meisten von euch. Ich habe noch in die Nachkriegszeit erlebt. Ich kenne diese Flüchtlingschicksale. Mein Vater und meine Mutter mussten auch flüchten. Es war gut, dass sie aufgenommen worden sind. Heute kümmert es keine Sau hier. Hier geht es nur darum, weiter in Normalität zu leben. Sporthallen müssen frei bleiben. Ich bitte euch! Sport ist gut - ich spiele gerne Handball -, aber wenn Menschen in Not sind, dann ist diese Halle notfalls auch für diese Menschen da und nicht für meine Handballinteressen.

(Beifall)

Wo leben wir denn? Menschlichkeit muss im Mittelpunkt der Politik stehen, und zwar für alle. Wer das nicht hinkriegt, hat meiner Mei-

nung nach in diesem Parlament nichts zu suchen.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Es spricht jetzt die Dezernentin Frau Voitl. Bitte schön!

Stadträtin Elke Voitl:

Frau Fischer hat gerade eben gesagt, dass wir von den Strukturen meiner Vorgängerin profitieren. Das stimmt, da hat sie recht. Wir nutzen diese Strukturen, haben sie weiterentwickelt und dass sie die Grundlage dafür gelegt hat, dafür bin ich Daniela Birkenfeld auch sehr dankbar.

(Beifall)

Es waren in der Spitze 2015/2016 um die 6.000 Menschen, die wir untergebracht haben. Wir haben inzwischen 10.000 Menschen, die wir in über 100 kommunalen Unterkünften unterbringen. Das machen wir geräuschlos und genau so soll es auch sein.

Ich wollte die Situation beschreiben, die wir jede Woche haben: Mittwochs kommt der Bus aus Gießen und in diesem Bus sitzen immer um die 50 Menschen. Meistens wissen wir erst, wenn der Bus ankommt, wie viele es tatsächlich sind. Deshalb haben wir jetzt eine zentrale Halle, wo die Menschen ankommen, wo sie in Empfang genommen und dann in Ruhe auf andere, passende städtische Unterkünfte verteilt werden. Die Menschen steigen aus dem Bus und haben in ihren beiden Händen alles, was sie besitzen - alles. Diese Menschen wissen überhaupt nicht, was die Zukunft hier für sie, für ihre Kinder, es sind auch alte Menschen dabei, bringt in Frankfurt. Das heißt, wir registrieren, wir versorgen, wir verteilen sie auf Unterkünfte und betreuen diese Menschen auch, weil sie wirklich die Hölle erlebt haben, auf einer langen Flucht. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit und nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung,